



Es geht um Menschen, nicht um Zahlen

Die Migrationsdebatte beherrscht die Schlagzeilen und die Talk-Shows. Die Politik stellt sich mehr als getrieben denn als gestaltend dar. Zu den Menschen, über die diskutiert wird, gehört Giorgis (*Name geändert*). Der junge Mann aus Äthiopien ist in eine kleine Stadt am östlichen Rand Brandenburgs verteilt worden, wo er mit mehreren anderen jungen Männern in einer Unterkunft mitten im Wald wohnt. Weit und breit sind weder Ausbildungs- noch Arbeitsmöglichkeiten vorhanden. Giorgis will aber nicht einfach nur herumsitzen. Deshalb fährt er jeden Tag stundenlang nach Berlin, um im Büro des **Jesuiten-Flüchtlingsdienstes** ein Praktikum zu machen. Eigentlich soll er hier zum Kaufmann im Büromanagement ausgebildet werden, die zuständige Ausländerbehörde verweigert jedoch die entsprechende Genehmigung. Ob das rechtens ist, muss jetzt ein Gericht entscheiden. Das Verfahren aber dauert und dauert.

Von Januar bis Oktober 2023 wurden in Deutschland insgesamt 286.638 Asylanträge gestellt, mehr als 2022, aber bei weitem nicht so viele wie 2015 und 2016. Knapp die Hälfte, 48 Prozent, der Anträge wurden von der zuständigen Behörde, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, abgelehnt. Wie viele dieser Entscheidungen später von den Gerichten wieder aufgehoben werden, wird statistisch nicht erfasst. 81 Prozent der „Ausreisepflichtigen“ haben eine Duldung. Das heißt: Sie wurden aufgefordert, das Land zu verlassen, können aber „aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen“ nicht abgeschoben werden. *Quelle: Pro Asyl/Statista*. In den Flüchtlingszahlen sind die 1,1 Millionen Ukrainer nicht enthalten.

Laut einer Umfrage des ZDF-Politbarometers sind 63 Prozent der Befragten der Meinung, dass Deutschland die Zahl der Geflüchteten aus Krisengebieten nicht verkraften könne. Dass durch eine Verschärfung der Flüchtlingspolitik weniger Flüchtlinge kämen, glauben jedoch 78 Prozent nicht.

Immer wieder behaupten bestimmte Kreise, dass Flüchtlinge nur deshalb nach Deutschland kämen, weil es hier so attraktiv sei und man sofort Geld bekommen würde. Sicherlich wird es Menschen geben, die einfach versuchen, hier ein besseres Leben führen zu können, was man ihnen nicht verdenken kann. Der überwiegende Teil flieht jedoch aus Ländern, in denen sie ihres Lebens nicht sicher sein können. Aber was erwartet die Geflüchteten tatsächlich

in unserem Land? Zuerst die Bekanntschaft mit einem bestimmten deutschen Wort: Warten.

Jeder von Ihnen, verehrte Leserinnen und Leser, hat die Bilder von den Flüchtlingsunterkünften, beispielsweise in den Hallen des Flughafens Tempelhof oder den Containern in Tegel gesehen. Können Sie sich vorstellen, dort auch nur eine Nacht verbringen zu müssen? Der Lebensalltag besteht aus Warten und Nichtstun. Und das, obwohl es in dieser Stadt genug zu tun gäbe. Wie lange halten Menschen diesen eintönigen Alltag aus?

Besonders prekär ist das Dasein für diejenigen, die abgeschoben werden sollen, und noch schlimmer für jene, die sich in Abschiebehaft befinden. Niemand versteht, dass er im Gefängnis sitzen muss, ohne eine Straftat begangen zu haben.



Martina Schneider und Stefan Keßler. Foto: Ed Koch

„Bei der politischen Diskussion und bei Entscheidungsfindungen sollte man vor allem darauf achten, dass es um Menschen geht. Man muss schauen, was können wir für und mit den Menschen machen, und diese Menschen in die Entscheidungsprozesse einbeziehen.“, sagte uns im Interview **Stefan Keßler**, stellvertretender Direktor des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes Deutschlands (JRS).

Mit ihm und der für die Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Kollegin **Martina Schneider** sprachen wir über die Hilfsangebote der zum Jesuiten-Orden gehörenden Organisation.

Der Jesuit Refugee Service (JRS) ist der Flüchtlingsdienst des Jesuitenordens. Seit 1980 steht er an der Seite geflüchteter Menschen, hört ihnen zu und setzt sich mit ihnen gemeinsam für ihre Rechte ein – unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit. Weltweit arbeitet der JRS heute in mehr als 50 Ländern. In



Deutschland ist der Jesuiten-Flüchtlingsdienst seit 1995 tätig, seine Schwerpunkte sind Seelsorge, Rechtshilfe und politische Fürsprache. Der JRS berät und unterstützt Menschen in unsicheren Aufenthaltssituationen in Berlin, Bayern und Brandenburg. In Essen unterhält er eine Wohngemeinschaft von Geflüchteten und Jesuiten.

In der Witzlebenstraße, neben der St. Canisius-Kirche, befindet sich die Berliner Einrichtung des JRS. Dort sind acht hauptamtliche Mitarbeitende beschäftigt, unterstützt von einigen Praktikanten und rund 30 Ehrenamtlichen. Dem Staat liegt die Hilfsorganisation nicht auf der Tasche, sie finanziert sich durch Spenden und einem Kostenzuschuss des Ordens.

Der Kontakt zu den Betroffenen erfolgt im Wesentlichen durch Mund-zu-Mund-Propaganda. Ein Angebot in der Witzlebenstraße ist das Sprachcafé, in dem kein Unterricht stattfindet, aber die Möglichkeit besteht, ergänzend Deutsch im Gespräch zu lernen. Ein wichtiger Punkt ist, Auszubildende zu begleiten und ihnen bei den vielen Hindernissen zu helfen. **Martina Schneider** ist immer wieder überrascht davon, wie sich die Azubis über das, was ihnen geboten wird und was sie lernen dürfen, freuen. Vor allem, dass ihnen in der Berufsschule so viel Fachwissen vermittelt wird, erstaunt viele. „Diese Begeisterung für die duale Ausbildung tut gut“, sagt Frau Schneider.

Die schwierigste Aufgabe ist die der Betreuung von Asylbewerbern, vor allem von denen, deren Anträge abgelehnt worden sind und die abgeschoben werden sollen. Wer einen endgültigen Ablehnungsbescheid bekommen hat, muss in einem Zeitraum von einer Woche bis 30 Tagen freiwillig ausreisen. Am Rückflugticket scheitert die Ausreise nicht, auch wenn die Betroffenen sich den Flugschein nicht leisten können. Bei wem der Verdacht besteht, untertauchen zu wollen, wird in Abschiebehaft genommen. Bei einem Drittel der Fälle, so **Stefan Keßler**, stellt sich später heraus, dass die Haft rechtswidrig war, weil die Betroffenen nicht abgeschoben werden können oder keine Gefahr des Untertauchens bestand.

Den Geflüchteten, die zu uns kommen, wird nicht sofort ein Sprachkurs vermittelt. Das wäre jedoch der Schlüssel zu einem Aufenthalt in Lohn und Brot. Anstatt die Potenziale zu nutzen, lässt man die Geflüchteten tatenlos in den Unterkünften rumsitzen. Selbst wenn es gelingt, einen Arbeitsplatz zu finden, dann scheitern Ausbildung oder Arbeitsaufnahme wie bei Giorgis daran, dass sich die Ausländerbehörden weigern, die entsprechenden Erlaubnisse zu erteilen. Die Überbürokratisierung mit immer wieder neuen

Regelungen, die mit den praktischen Anforderungen nichts zu tun haben, erschwert die Hilfe, beklagt **Stefan Keßler**.

Der Lieblingspruch von **Stefan Keßler** ist: „Es sollte ein Gesetz geben, das Gesetze verbietet, die der Adressat nicht versteht.“ Er beklagt auch die Arbeitssituation in der Ausländerbehörde und anderen Verwaltungen. Die Mitarbeitenden stehen unter ständigem Druck und haben keine Möglichkeit, sich in erforderlichem Maße mit den einzelnen Menschen zu befassen.

Es ist Unsinn, sagt der Autor dieses Beitrages, die Geflüchteten für alle Probleme verantwortlich zu machen. Ganz im Gegenteil, die Geflüchteten sind nicht Teil des Problems, sondern könnten Teil der Lösung sein, beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt. Natürlich gibt es auch Geflüchtete, die straffällig werden. Im April berichtete der Tagesspiegel, dass 2021 7,1 Prozent aller Tatverdächtigen Geflüchtete waren. Dieser Anteil ist seit 2018 kontinuierlich gesunken. Der weitaus größte Teil der Straffälligen sind aber Menschen mit einem deutschen Pass.

Der JRS ist eine kleine Einrichtung, sein lobenswertes Engagement ist aber mehr als nur der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein. **Und deshalb veröffentlichen wir auch gern das Spendenkonto: Jesuiten-Flüchtlingsdienst IBAN DE05 3706 0193 6000 4010 20.** Weitere Informationen unter <https://www.jrs-germany.org/>



oder unter <https://www.jrs-germany.org/news/jesuit-volunteers-im-einsatz-fuer-gerechtigkeit> wo die beiden „Jesuit Volunteers“ **Hugo** und **Klemens** von ihrem Einsatz für Geflüchtete in Bosnien berichten. Mit dem Freiwilligendienst „Jesuit Volunteers“ können alle ab 18 Jahren für ein Jahr in Sozialprojekten der Jesuiten weltweit mitarbeiten.

Ed Koch